

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Kohäsionsmilliarde

Tributzahlungen unter dem Deckmantel der Solidarität



Delegiertenversammlung 8 **Aufdecken, Anpacken und**



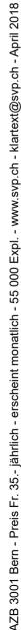
Vollgeld-Initiative Nein zum riskanten

Experiment

6

Aufdecken, Anpacken und Ausmisten:

damit die Schweiz Schweiz bleibt









Die SVP in den









Standpunkt des Parteipräsidenten

Letzte Woche hat sich die Staatspolitische Kommission gerade einmal knapp zwei Stunden Zeit genommen, um die Selbstbestimmungsinitiative der SVP zu beraten. Eine Frage, die das grundlegende Verhältnis zwischen Schweizer und internationalem Recht klären soll. Dies zeigt exemplarisch die Geringschätzung der anderen Parteien gegenüber unserer direkten Demokratie.

Der Vierfachmörder von Rupperswil wird nicht lebenslänglich verwahrt, obwohl eine Volksmehrheit die Verwahrungsinitiative angenommen hat. Der deutsche Schläger von Zürich wird nicht ausgeschafft, obwohl eine Volksmehrheit die Ausschaffungsinitiative angenommen hat. Über 50-jährige erfahrene und gut ausgebildete Berufsleute müssen je länger je mehr um ihren Arbeitsplatz bangen, weil sie von jungen, billigen Arbeitskräften aus dem Ausland verdrängt werden, obwohl eine Volksmehrheit die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hat.

Die vergangenen Kantons- und Gemeindewahlen zeigen nebst eigener Fehler deutlich, dass wir nicht Wähler an andere Parteien verloren haben, sondern ein Teil unserer Wähler schlicht resigniert zu Hause geblieben ist. Es muss uns in Zukunft wieder gelingen, unseren Familien, Bauern, Klein- und Mittelbetrieben sowie den Angestellten und Büezern aufzuzeigen, dass wir für sichere Arbeitsplätze, finanziell tragbare Sozialwerke, möglichst geringe Belastungen mit Steuern und Abgaben sowie wenig Bürokratie und für die individuelle Freiheit einstehen. Den vom Mittelstand hart erarbeiteten Steuerfranken geben wir nicht mit vollen Händen aus, wie die SP, die gar noch Sozialbetrüger laufen lassen will, indem sie sich gegen den Einsatz von Sozialdetektiven wehrt.

Die SVP hat die notwendigen Instrumente längst erarbeitet. Die Selbstbestimmungsinitiative will das Bewährte beibehalten. Schweizer Recht hat über internationalem Recht zu stehen, damit beispielsweise der deutsche Schläger auch wirklich nach Deutschland ausgeschafft werden kann. Schliesslich wollen wir mit der Begrenzungsinitiative im Besonderen die über 50-jährigen inländischen Arbeitskräfte vor junger Billigkonkurrenz aus dem Ausland schützen.

All das gelingt uns nur, wenn wir die konkreten Probleme anpacken. Nicht um die Partei zu profilieren – sondern für unsere Schweiz.

Alker Roshi

Herzlichen Dank!



Worte der Würdigung von Parteipräsident Albert Rösti, an die Adresse der aus dem Parteileitungsausschuss zurückgetretenen Mitglieder

Alt Staatsrat Oskar Freysinger, Vizepräsident SVP Schweiz von 2009-2018

Du bist ein Multitalent. Du weisst Dich in Deutsch Französisch, Englisch, Italienisch - mit scharfer Zunge - oder mit der Gitarre in den Armen, präzise auszudrücken. So hast Du manch trockene Fraktionsanlässe und Politabende bereichert.

Es ist auch Dein Erfolg, dass die SVP in der ganzen Westschweiz Fuss fasste.

Ein wichtiger Schritt war dabei die Gründung der SVP Wallis. Du kennst auch alle politischen Ämter, sei es als Sektionspräsident, Gemeinderat, Kantonsrat, Nationalrat oder Staatsrat. Dabei bist Du unseren gemeinsamen Werten und Dir stets treu geblieben.

Ich danke Dir für Deine grosse Arbeit als Vizepräsident.

Alt Nationalrat Walter Frey, Mitglied des Parteileitungsausschusses seit 2008

Dein Leistungsausweis ist gewaltig. Nicht viele schaffen es, als Familienvater. Unternehmer und Politiker reihenweise Erfolge zu feiern. Du warst von 1983 bis 2001 Präsident der SVP der Stadt Zürich, ab 1987 bis 2001 als Nationalrat unterwegs - davon zwei Jahre als Fraktionspräsident - und schliesslich seit 2008 als Vizepräsident verantwortlich für die Kommunikation der SVP.

Aus Deiner enormen Erfahrung im Verkauf und Marketing hat die Partei viel profitiert. So sind die präsidialen Botschaften am 1. August oder die Extrablätter der Partei Ideen aus Deinem Repertoire. Wir sind Dir zu grossem Dank verpflichtet und freuen uns, dass Du uns auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehst.

Alt Bundesrat Christoph Blocher, Mitglied des Parteileitungsausschusses seit 2008

Vorweg will ich betonen, dass Du Christoph zwar aus dem Parteileitungsausschuss austrittst, aber in der Politik bleibst. Du warst stets mit der Scholle verbunden. Dein beruflicher Werdegang startete auch mit der landwirtschaftlichen Lehrabschlussprüfung. Nach Deinem Jus-Studium tratst Du 1969 bei Ems in den Dienst und hast diese Jahre später als Unternehmer übernommen. Auch militärisch hast Du als Oberst eine grosse Karriere hinter Dir. Zusammen mit Deiner Frau Silvia, die Dich stets unterstützt hat, habt Ihr vier Kinder und 12 Enkelkinder, auf die Ihr stolz sein könnt. Dass neben all diesen Funktionen und der Familie Zeit für die Politik blieb, zeigen Deine enormen Führungsqualitäten. Du Christoph Blocher warst Mitglied des Gemeinderats Meilen, 5 Jahre im Kantonsrat, 26 Jahre Präsident der SVP des Kantons Zürich. 27 Jahre Nationalrat und schliesslich Bundesrat und Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements.

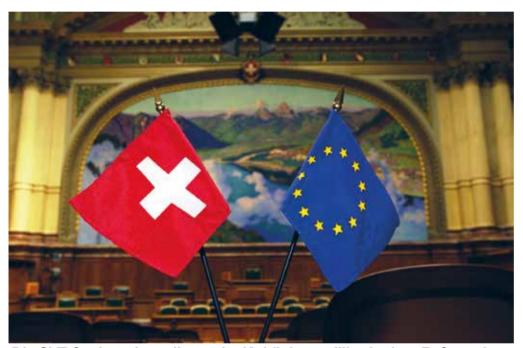
Schliesslich hast Du 2014 in erneut grosser Weitsicht das Komitee "Nein zum schleichenden EU-Beitritt" gegründet, welches Du heute präsidierst. Dein grösster und prägendster Erfolg für die Geschichte und das Wohl unserer und zukünftiger Generationen war 1992 das Nein zum EWR.

Lieber Christoph, wir danken Dir für Deinen enormen Einsatz als Vizepräsident und Strategiechef der SVP Schweiz.

Tributzahlungen unter dem Deckmantel der Solidarität

Seit 2007 beteiligt sich die Schweiz mit 1,3 Milliarden an verschiedenen Projekten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU. Diese Zahlungen, die auch als "Kohäsionsmilliarde" bekannt sind, sollen nun in Form eines Beitrags in der gleichen Höhe erneuert werden. Dies ohne jegliche Gegenleistungen. Die SVP fordert, dass diese zweite Kohäsionsmilliarde dem Referendum unterstellt wird.

von Nationalrat Andreas Aebi (BE)



Die SVP fordert, dass die zweite Kohäsionsmilliarde dem Referendum unterstellt wird.

2006 haben die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Bundesgesetz Ost) genehmigt. Damit haben sie auch der Zahlung der Kohäsionsmilliarde zugestimmt. Diese Zahlungen, die 2018 auslaufen, sollen nun um weitere 10 Jahre verlängert werden. Noch im Dezember letzten Jahres hat der Bundesrat angekündigt, die Weiterführung der Zahlungen neu beurteilen zu wollen, angesichts des Entscheids der EU, die Schweizer Börse nur befristet anzuerkennen. Das waren aber nur leere Worte, wie sich nun zeigt. Der Bundesrat möchte die Zahlungen nicht nur ohne Gegenleistungen von Seiten

der EU fortführen, ihn kümmert es nicht einmal, dass die Beziehungen zur EU auf einem historischen Tiefstand sind und sich die Verhandlungen zum Rahmenabkommen seit Jahren in einer Sackgasse befinden.

Teure Projekte

Sinnvoll waren die bis anhin finanzierten Projekte keineswegs immer.

erschreckend unbekümmerten Umgang mit der Steuermilliarde. Einige Kostproben: 4,8 Millionen Franken wurden für die Förderung des Tourismus in den polnischen Karpaten ausgegeben. Die Renaturierung des Flusses Raba schlug mit 1,2 Millionen Franken zu Buche. Unter dem Titel "Social Dialogue Laws in Romania" wurde über eine halbe Million Franken ausgegeben, um die Beziehung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern in Rumänien zu verbessern. Die Entdeckung der Geschichte der Eisenhütten in Zemplinske Hamre, kostete den Schweizer Steuerzahler rund 1,2 Millionen Franken, obwohl sie ihn wie die allermeisten der unterstützten Projekte nur geringfügig interessieren dürfte. Das Aussendepartement, das die Projektdatenbank zur Verfügung stellt, scheint ebenfalls davon auszugehen, dass die Steuerzahler nicht allzu genau hinsehen, was für ein Unsinn mit ihrem Geld bezahlt wird. Denn bei den meisten Projekten hat man sich nicht einmal die Mühe gemacht, sie in eine Landessprache zu übersetzen und begnügt sich stattdessen mit einer Beschreibung auf Englisch.

Marktzugangsprämie weltweit einzigartig

Der Bundesrat begründet die bereits erbrachten und nun zu erneuernden Milliardenzahlungen mit der Solidarität der Schweiz gegenüber den wirtschaftlich schwachen EU-

W Der Bundesrat möchte die Zahlungen nicht nur ohne Gegenleistungen von Seiten der EU fortführen, ihn kümmert es nicht einmal, dass die Beziehungen zur EU auf einem historischen Tiefstand sind.

Ein Blick in die online verfügbare Projektdatenbank offenbart einen Staaten Osteuropas. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Tributzah-

Land/Region	Thema	Periode	Budget
Bulgarien	Soziale Sicherheit erhöhen Sozialdienste für bestimme Zielgruppen	01.07.2011 - 31.12.2017	CHF 2'418'187

Projekt abgeschlossen

Schweizer Knowhow zur Förderung des Tourismus in den polnischen Karpaten



01.04.2011 - 31.10.2016

Die Schweiz schliesst in der polnischen Woiwodschaft Karpatenvorland ein Entwicklungsprogramm zur Förderung des Tourismus ab. Unterstützt wurden lokale Initiativen in den Bereichen Tourismus in ländlichen Regionen und Vermarktung von traditionellen Produkten. Der Wissenstransfer spielte

dabei eine zentrale Rolle.

Land/Region	Thema	Periode	Budget
Polen	Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern Regionale Entwicklung und Beschäftigung	01.04.2011 - 31.10.2016	CHF 4'818'388

Objekt 1 - 12 von 326

28 Weiter

Schweiz bezahlt für unnütze Projekte in Ost-Staaten.

Quelle: https://www.eda.admin.ch/erweiterungsbeitrag/de/home/projekte/fokus.html

lung, die die Schweiz an Brüssel abliefern muss, um Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erhalten. Umgekehrt zahlt die EU der Schweiz leider keine solche Marktzugangsprämie, obwohl sie ja ebenfalls Zugang zu unserem Binnenmarkt gewährt bekommt. Das ist aber nicht wirklich erstaunlich: Weltweit ist es einmalig, dass ein Handelspartner dem anderen Handelspartner Ausgleichszahlungen dafür entrichten muss, dass man miteinander Handel betreibt.

Förderung der Konkurrenz von morgen

Auch aus wirtschaftlicher Sicht handelt es sich bei der Kohäsionsmilliarde um ein Unding. Ein grosser Teil der zweiten Tranche, rund 1,1 Milliarden Franken, soll in die Bildungssysteme der unterstützten Staaten fliessen. Damit fördern wir

heute jene Staaten, die morgen auf dem Weltmarkt unsere Konkurrenten sein werden.

Weil es nicht sein darf, dass die Schweiz ohne irgendwelche Gegenleistungen eine weitere Kohäsionsmilliarde in den unersättlichen EU-Rachen wirft, fordert die SVP im Parlament mittels Motion, dass das Schweizer Stimmvolk die Möglichkeit erhält, über diesen Kredit an der Urne zu entscheiden.



Volksrechte und direkte Demokratie stärken: Wer zahlt, befiehlt und wer befiehlt, zahlt.

Diesem Grundsatz muss in der Finanzpolitik vermehrt Rechnung getragen werden: Die Verantwortung über die Verwendung der Steuergelder muss möglichst weitgehend vom Volk wahrgenommen werden. Je näher die Budgetverantwortung beim Bürger liegt, desto tiefer sind die Ausgaben und Defizite. Die Steuern in der Schweiz sind deshalb so tief, weil diese durch das Volk genehmigt werden müssen. Die Politik kann somit nicht einfach die Ausgaben in die Höhe fahren und diese dann durch Steuererhöhungen finanzieren.

Heute kann das Volk jedoch nicht bei allen Finanzvorlagen mitreden, ausgeklammert bleiben beispielsweise Verpflichtungskredite (Olympia 2026) oder so genannte Zahlungsrahmen, welche bundesstaatliche Finanzierungen über meist vier oder fünf Jahre regeln. Beispiele: 26,4 Milliarden Franken für Bildung und Forschung oder 11,1 Milliarden Franken für die internationale Entwicklungshilfe. Beide Zahlungsrahmen haben Laufzeiten von vier Jahren und bei beiden hat nur das Parlament unter Ausschluss des Volks zu befinden.

Die SVP will dies ändern, indem auch Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen dem fakultativen Referendum – auch Finanzreferendum genannt – unterstellt werden. Dieses Instrument hat sich bereits auf Kantonsebene bestens bewährt. Die Einführung des Finanzreferendums füllt eine wichtige Lücke im geltenden System der Volksrechte. Es kann nicht sein, dass das Volk bei Olympia, bei der Kohäsionsmilliarde oder bei der der milliardenschweren Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nichts zu sagen hat.

Riskantes Experiment

Die so genannte Vollgeld-Initiative, über die wir am 10. Juni abstimmen, will ein Problem lösen, das überhaupt keines ist. Und sie will das mit Massnahmen tun, deren Wirkungen höchst ungewiss und höchst wahrscheinlich schädlich sind.

ie Sicherheit unseres Finanzsystems ist seit 2009 mit geeigneten Massnahmen deutlich erhöht worden. Die Geldpolitik funktioniert kundennah und effizient. Wir wollen ausdrücklich einen Wettbewerb zwischen den Banken, denn dieser sorgt für gute Zinsbedingungen und qualitativ hochstehende Dienstleistungen. Schon heute verfügt die Schweizerische Nationalbank – übrigens eine grosse Gegnerin dieser Initiative – über die nötigen Möglichkeiten, um ihren Auftrag bezüglich Geldmenge, Zinsniveau und Kreditvergabe zu erfüllen.

Riskantes Experiment

Von allen unseren Institutionen gehört die Schweizerische Nationalbank unter Präsident Thomas Jordan zu den glaubwürdigsten in unserem Land. Die Vollgeld-Initiative will nichts anderes, als unbedingt an etwas herumzuflicken, das bestens funktioniert. Aber man soll nie etwas flicken, das gar nicht kaputt ist.

Vollgeld bedeutet Milliardengeschenke durch unsere Nationalbank

Nach dem Willen der Initianten soll die Nationalbank ihre Geldmenge ausdeh-

Vollgeld-Initiative

Die an sich extrem radikale Vollgeld-Initiative verbietet den Banken, mit dem Geld auf Zahlungskonten zu arbeiten. Das verteuert Finanzdienstleistungen, Hypotheken und Kredite. Die Zeche zahlt der normale Bürger. Die Initiative sieht weiter vor, dass die Nationalbank neu geschaffenes Geld «schuldenfrei» in Umlauf bringt, das heisst, der Gegenwert des verschenkten «Vollgelds» ist nichts. Die Nationalbank gerät dadurch unter unheimlichen politischen Druck. Das Experiment gefährdet direkt den Schweizer Wohlstand und unzählige Arbeitsplätze. Bisher hat es noch kein anderes Land gewagt, mit dem theoretischen, gefährlichen Konstrukt des «Vollgelds» zu hantieren.

nen, indem sie Bund, Kantonen oder privaten Haushalten Geld schenkt. Sie kann also nichts mehr zurückfordern. Was geschenkt ist, ist geschenkt. Die Nationalbank kann bei Bedarf die Geldmenge nicht mehr ohne weiteres verringern. So ist eine gute Preispolitik fast nicht möglich.

Vollgeld führt zur Preisgabe des **Schweizer Frankens**

Weil die Nationalbank beim schuldfreien Verteilen von Geld keine Vermögenswerte wie Gold, Devisen oder Wertpapiere mehr kaufen kann, wäre sie längerfristig nicht mehr in der Lage, durch Verkäufe von diesen Vermögenswerten die Geldmenge wieder zu verringern. Unsere Franken-Währung wäre einer möglichen Inflation völlig schutzlos ausgesetzt, was sich verheerend für unsere Wirtschaft auswirken müsste.

Verpolitisierung der Geldpolitik durch Vollgeld

Die sogenannte schuldfreie Schaffung

von Geld würde die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik gefährden. Die Nationalbank wäre dann noch mehr politischen Begehrlichkeiten ausgesetzt. Aber die Initianten gehen noch weiter: Sie wollen das völlig intakte, weltweit anerkannte und auch vielbeneidete schweizerische Finanzgebäude einreissen, um nach ihren Rezepten auf den Ruinen irgendetwas radikal Neues zu konstruieren. Und das Neue ist in keiner Weise erprobt; es fehlen jegliche Erfahrungen und Vergleichsmöglichkeiten.

Vollgeld Torpedo

Die Vollgeldinitiative kommt mir vor, wie wenn ein paar Passagiere in einem Airbus der Swiss mitten auf dem Langstreckenflug den Captain und den Co-Piloten instruieren, sie sollten jetzt sofort das Triebwerk mit einem neuen, ungetesteten auswechseln, um noch sicherer ans Ziel zu kommen. Hand aufs Herz: Möchten Sie Passagier in diesem Flugzeug sein? Die Umstellung auf Vollgeld würde wie jedes Experiment mit offenem Ausgang Unsicherheit schaffen. Und Unsicherheit ist Gift für unsere Volkswirtschaft. Wollen wir unseren Wohlstand wirklich wegen einer Kamikaze-Initiative aufs Spiel setzen? Die einstimmige SVP-Fraktion meint: nein!



von Nationalrat Thomas Matter Meilen (ZH)



Sport, Kultur und AHV stärken!

Wir sagen



Roland Eberle, Ständerat (TG)



Pierre-André Page, Nationalrat (FR)



Markus Hausammann, Nationalrat (TG)



Jürg Stahl,Nationalrat (ZH)



Adrian Amstutz, Nationalrat (BE)



Hannes Germann, Ständerat (SH)



Werner Salzmann, Nationalrat (BE)



Diana Gutjahr, Nationalrätin (TG)



Thomas Müller, Nationalrat (SG)



Céline Amaudruz, Nationalrätin (GE)



Verena Herzog, Nationalrätin (TG)



Thomas Hurter, Nationalrat (SH)

Zusammen mit: Jean-Luc Addor, Nationalrat (VS); Andreas Aebi, Nationalrat (BE); Beat Arnold, Nationalrat (UR); Michaël Buffat, Nationalrat (VD); Manfred Bühler, Nationalrat (BE); Marco Chiesa, Nationalrat (TI); Raymond Clottu, Nationalrat (NE); Ulrich Giezendanner, Nationalrat (AG); Alice Glauser-Zufferey, Nationalratin (VD); Roger Golay, Nationalrat (GE); Werner Hösli, Ständerat (GL); Monika Knill, Regierungsrätin (TG); Alex Kuprecht, Ständerat (SZ); Thomas Minder, Ständerat (parteilos), (SH); Felix Müri, Nationalrat (LU); Nadja Pieren, Nationalrätin (BE); Erich von Siebenthal, Nationalrat (BE); Ernst Stocker, Regierungsrat (ZH)

Mit dem neuen Geldspielgesetz fliesst weiterhin jedes Jahr rund eine Milliarde Franken aus den Abgaben der Schweizer Lotterien und Casinos in Sport, Kultur, Soziales und die AHV. Davon profitiert der Jugend- und Breitensport, Volksmusiker, Vereine und Senioren gleichermassen.

Deshalb am 10. Juni:



zur gemeinnützigen Schweiz.



zum gemeinnützigen Geldspielgesetz.

www.geldspielgesetz-ja.ch

Aufdecken, Anpack

Mehr als 500 Delegierte und Gäste versammelten sich am 24. März aus dem ganzen Land zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Klosters (GR). Es sind nur noch 575 Tage bis zu den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019. Eine entscheidende Weichenstellung für unser Land. Denn der Bundesrat und die Classe politique in Bern sind daran, Brüssel als Gesetzgeber für die Schweiz zu installieren. Damit geben sie das Grundsätzlichste auf, was unsere Schweiz zur Schweiz macht.



Auftakt der Delegiertenversammlung mit der Polizeimusik des Kantons Graubünden und Parteipräsident und Nationalrat Heinz Brand.

ie direkte Demokratie mit den umfassenden Volksrechten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Wir als Souverän bestimmen an der Urne, welche Gesetze und Regeln in unserem Land gelten und nicht Brüssel. Das hat sich bewährt, das werden wir verteidigen.

«Ich weiss, die westliche Welt und besonders die Schweiz, lebt zurzeit in einer Hochjunktur. Aber: Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen. Der Blick ins Sorglose macht Angst», », sagte Christoph Blocher (SVP, ZH) zu Beginn seiner Rede.

«Leider will die Classe politique aus Eigennutz und aus Grössenwahn die bewährten Säulen des Landes leichtfertig preisgeben: Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit. Hinterhältig und staatsstreichartig reist die Classe politique die Macht vom Volk an sich. Sie wollen einen Rahmenvertrag mit der EU. Sie sagen dem neu "Marktzugangsabkommen" – der ehrliche Name aber wäre: "Vertrag zur Abschaffung der schweizerischen Demokratie".

Sogar die Bundesrichter haben mit ihren verfassungsbrecherischen Entscheiden

die Bürger widerrechtlich entmachtet, in dem sie entgegen der langjährigen Rechtsprechung internationales Recht und fremde Richter vor die Schweizer Gesetze stellen.

Rahmenvertrag öffnet der EU Tür und Tor

Soll – wenn das Rahmenabkommen unterzeichnet wird – beispielsweise der 60-Tönner in der Schweiz eingeführt werden, ohne das Volk zu fragen? Soll die Misswirtschaft in der Zuwanderung weitergehen? Sollen Schwerverbrecher mit Berufung auf internationales Recht nicht ausgewiesen werden? Sollen wir zu 15 Prozent Mehrwertsteuer gezwungen werden, weil die EU findet, das sei "binnenmarktrelevant"? Oder sollen unsere Kantonalbanken per EU-Dekret untersagt werden? So wie unsere Gebäudeversicherungen? Nur weil man uns das Entscheidungsrecht nimmt! Es

ist unsere Aufgabe, dies zu verhindern. Wir sind nicht Bestandteil dieses demokratiefeindlichen Syndikates.»

Demokratieabschaffer müssen weg, damit die Schweiz Schweiz bleibt

«Demokratisch sauber gefällte Volksentscheide werden aufgeweicht, ausgehebelt, oder gar ins Gegenteil verkehrt», sagte Nationalrat Adrian Amstutz in seinem Referat.

Gebrochene Versprechen am Laufmeter «Schengen/Dublin: Mehr Sicherheit und weniger Asylbewerber für sieben Millionen Franken pro Jahr, haben Bundesrats- und Parlamentsmehrheit im Abstimmungskampf versprochen. Heute haben, nebst jährlichen Kosten von weit über 100 Millionen Franken, tausende von Kriminaltouristen, rumänische Diebesbanden, die kosovarische Drogenmafia sowie Scheinasylanten und Sozialmigranten freie Fahrt in diesem sogenannt sicheren Schengenraum.

Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer und Durchsetzungsinitiative: Die versprochene "pfefferscharfe Umsetzung" ist milchreismild. Selbst schwerkriminelle Ausländer werden in der Regel nicht ausgeschafft.



en und Ausmisten

Nichtumsetzung der Initiative gegen die Masseneinwanderung: Die von den Bundesratsparteien SP, FDP und CVP angeführten "Architekten" des wohl einmaligen Verfassungsbruchs hatten unter der unkritisch schützenden Hand der Medien freie Bahn zur Aushebelung des Volksentscheides.

Was bedeuten diese Fehlentwicklungen für die SVP?

Die Verfassungsbrecherparteien von Mitte-Links müssen schrumpfen und die Demokratie- und Unabhängigkeitsgaranten müssen gestärkt werden. Dafür braucht es den vollen Einsatz von uns allen, von unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern auf Gemeinde-, auf Kantons- und auf Bundesebene. Dafür braucht es die Vorstände in den Kantonalparteien und Sektionen und dafür braucht es jedes einzelne SVP-Mitglied im ganzen Land. Die Wahlen im Oktober 2019 werden darüber entscheiden, ob der aktuelle Irrweg gestoppt werden kann.

Impressionen der Delegiertenversammlung









Das in der Schweiz verspielte Geld muss in der Schweiz bleiben!

Es braucht ein JA zum neuen Geldspielgesetz, damit aus den Geldspielerträgen weiterhin jedes Jahr fast 300 Millionen Franken für unsere AHV und weit über 600 Millionen für die Kantone, Sport und Kultur zur Verfügung stehen. Es braucht ein JA, damit ausländische Geldspielhaie mit Sitz in Costa Rica, Malta oder Gibraltar nicht weiterhin, wie unter der heute ungenügenden Gesetzgebung möglich, jährlich ohne Kontrolle über 250 Millionen Franken aus der Schweiz abzügeln können. Und es braucht ein JA, damit das in der Schweiz verspielte Geld bei uns auf Schweizerboden kontrolliert werden kann und in der Schweiz bleibt.

Knapp eine Milliarde Franken für Sport, Kultur, Soziales, Natur und für die AHV

Lotterien und Sportwetten



Ausschüttung 2016 (in Mio. CHF)

- Kantone (Kultur, Sport, Soziales, Natur) 57
- Sport-Toto-Gesellschaft (Swiss Olympic:

Dachverband der Schweizer Sportvereine) 55
Total 630

Spielbanken



Spielbankenabgabe 2016 (in Mio. CHF)

- AHV/IV 276
- Kantone mit B-Casinos 47

Total 323

Das von ausländischen Casinohaien mitfinanzierte Referendum hat nur ein Ziel. Nämlich die heutige Gesetzeslücke im wachsenden Online-Spielmarkt so lange wie möglich zu erhalten, um noch mehr Millionen aus der Schweiz ins Ausland zu verschieben. Dass dies wie heute zu Lasten der gut kontrollierten Schweizer Anbieter geht und die Erträge für unsere AHV, Kultur und unseren Sport schmälert, ist klar. Nur mit einem JA werden die Schweizer Casinostandorte und deren Arbeitsplätze, Steuern und Abgaben gesichert und deren Erträge im Interesse von AHV, Sport und Kultur in der Schweiz bleiben. Zudem kann mit einem JA die Spielsucht besser bekämpft werden.

Die Gegner des Geldspielgesetzes argumentieren gegen die Zugangssperre bei Online-Geldspielen. Das ist ein vorgeschobenes Scheinargument. Es geht einzig darum, das neue, bessere Gesetz zu verhindern, damit ausländische Casinohaie wie unter der heute ungenügenden Gesetzgebung möglich, hin hunderte Millionen Spielgeld aus der Schweiz abzügeln können. Sie behaupten, dass man mit einer Konzessionierung ausländischer Online-Geldspielanbieter auf Zugangssperren verzichten könne. Das ist, wie das oft zitierte Beispiel Dänemark zeigt, nachweislich falsch.

Ohne Zugangssperren für nichtkonzessionierte und damit illegale Anbieter wären ja die Konzessionen völlig wertlos.

Darum JA zum neuen Geldspielgesetz – damit auch in Zukunft jährlich rund eine Milliarde Franken für AHV, Sport und Kultur in der Schweiz bleibt!

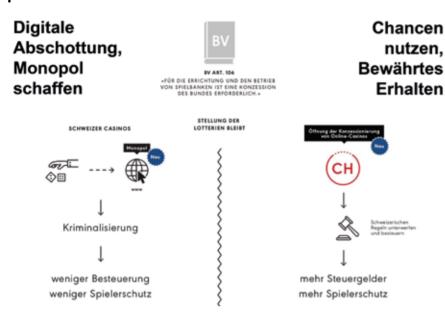




In der Herbstsession 2017 hat der Ständerat mit 43 zu 1 Stimme das neue Geldspielgesetz angenommen. Der Gewinne von weniger als einer Million Franken von der Steuer befreit werden. Ausserdem sollen ausländisch gangskontrollen sollen Minderjährige vor entsprechenden Angeboten schützen. Im Anschluss an die Abstim Grünliberalen, Junger SVP und Jungen Grünen, das Referendum gegen die Gesetzesrevision zu ergreifen.

Wenn die Casino-Lobby sich ein Gesetz schreibt

Das revidierte Geldspielgesetz sieht Netzwerksperren vor. Das ist ein erster, gewaltiger Schritt Richtung Internetzensur, wie sie etwa in Nordkorea schon seit langem gang und gäbe ist. Nützen tut diese Sperre nur der inländischen Casino-Lobby, die sich dieses Gesetz praktisch selber geschrieben hat und im Abstimmungskampf die Befürworter finanziell unterstützt.



Neu soll nur, wer in der Schweiz ein normales Casino führt, auch Online-Spiele anbieten dürfen. Mittels staatlicher Netzsperre, die in keinem anderen Bereich angewendet werden, sollen inländische Start-ups sowie internationale Branchenleader ausgeschlossen werden. Dabei wäre es viel sinnvoller, das bestehende Angebot zu integrieren:

Das schafft Vielfalt, Wettbewerb, Arbeitsplätze und Steuersubstrat für die AHV/IV. Am Beispiel Poker wird klar, dass sich gute Poker-Spieler auf marktführenden Plattformen mit den Besten der Welt messen wollen. Sie lassen sich nicht von Monopolisten diktieren, auf welcher Plattform sie zu spielen haben, und schon gar nicht lassen sie sich durch Netzsperren davon abhalten.

Zugang für alle, die sich an die Regeln halten

Die einzige Möglichkeit, wie die Schweiz hier profitieren kann, wäre ein ordentliches, offenes Konzessionsmodell. So gilt bereits in mehr als 20 Ländern der Grundsatz: Wer die nationalen technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen erfüllt, kann eine Konzession erhalten.

Dänemark hat z.B. dafür gesorgt, dass sich knapp 40 Anbieter konzessionieren liessen und sich an die strengen dänischen Regeln halten. Dadurch konnte das Land die Einnahmen um fast einen Drittel erhöhen. Weil die Konsumenten mit dem vielseitigen liberalen Angebot zufrieden sind, haben die Dänen den Schwarzmarkt auf weniger als 5% ausgetrocknet.

Die intelligente Alternative wurde also von vielen Ländern in der Praxis getestet und hat sich in sämtlichen Belangen als besser erwiesen. Der Staat gewinnt, weil er mehr einnimmt, die sozialpolitischen Ziele werden erreicht und der Konsument hat eine höhere Auswahl.

Das Internet muss frei bleiben

Dennoch hat sich das Parlament für die nachweislich schlechtere Variante entschieden, von der einzig die geschützten, inländischen Casinos profitieren. Auf die Frage, wieso im Gesetz kein freies Konzessionsmodell vorgesehen ist, antwortete Bundesrätin Sommaruga: «Die Casinos haben sich hier durchgesetzt.» Es gibt nur eine Antwort: Nein zum Geldspielgesetz – und damit zurück zum Absender mit der Forderung nach einem fairen Konzessionierungsmodell, das für Wettbewerb unter den Anbietern, grösstmögliche Freiheit für die Nutzer und maximale Wertschöpfung für die Schweiz sorgt.

Stimmen Sie deshalb am 10. Juni Nein zu diesem Gesetz, das unsere Freiheit einschränkt.



Nationalrat stimmte dem Gesetz mit 124 zu 61 Stimmen zu. Das neue Gesetz sieht unter anderem vor, dass de Online-Spielangebote in der Schweiz gesperrt werden, um den Geldabfluss ins Ausland zu verhindern. Zumung im Parlament beschloss ein Komitee aus Vertreterinnen und Vertretern von Jungfreisinnigen, Jungen

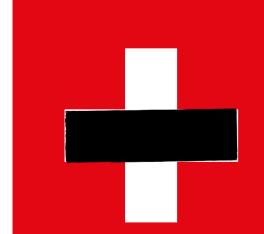


Keine Hochrisiko-Experimente mit unserem Schweizer Geldsystem!

Vollgeld-Initiative

Cin

www.vollgeldinitiative-nein.ch



In der Schweiz INTERNET-ZENSUR einführen um Casino-Gewinne zu schützen?

Internet-Sperren nützen nichts – und treffen zudem die Falschen: Denn wer will, kann die Sperren relativ einfach illegal umgehen, was zu einem regen Geldspiel-Schwarzmarkt führen wird. So entgehen künftig zusätzliche Steuereinnahmen für die AHV in Millionenhöhe. Das Gesetz löst also keine Probleme, sondern schafft nur neue. Wir fordern deshalb ein besseres Gesetz. Infos auf gsg-nein.ch





IMPRESSUM

Erfolge bei Regierungsratswahlen





Am 8. April 2018 wurde im Kanton Obwalden erstmals ein Vertreter der SVP in die Regierung gewählt.

Daniel Wyler, 23.10.1959, verheiratet, vier Kinder, Unternehmensleiter, ab 1. Juli 2018 Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Obwalden.

In Nidwalden und Schaffhausen konnten zwei freiwerdende Sitze in den Kantonsregierungen von der SVP verteidigt werden.





Michèle Blöchliger, 21.10.1967, verheiratet, drei Kinder, Rechtsanwältin und Geschäftsführerin, ab 1. Juli Gesundheitsund Sozialdirektorin.





Cornelia Stamm Hurter, 08.11.1962, verheiratet, zwei Kinder, Rechtsanwältin, Finanzdirektorin des Kantons Schaffhausen.

In Bern und Nidwalden wurden die bisherigen Regierungsräte der SVP glanzvoll wiedergewählt. Im Kanton Bern konnte ein Angriff der Linken auf den Sitz von Pierre Alain Schnegg erfolgreich abgewehrt werden.





Pierre Alain Schnegg, 13.12.1962, verheiratet, vier Kinder, Gesundheitsund Fürsorgedirektor des Kantons Bern.



Christoph Neuhaus, 10. 05. 1966, verheiratet, ein Kind, Vorsteher Justiz-, Gemeindeund Kirchendirektion des Kantons Bern.



Res Schmid, 25. 02.1958, verheiratet, zwei Kinder, Vorsteher Bildungsdirektion des Kantons Nidwalden.



Letztes Jahr wurden 4'227 Gesuche auf Familiennachzug aus dem Asylbereich gestellt, so viele wie nie in den letzten zehn Jahren.

Der grosse «Familiennachzug-Beschiss»

Es kommen zwar weniger Asylbewerber ins Land. Aber die Probleme mit den Asylbewerbern die bereits da sind, nehmen zu. Zu Recht regen sich immer mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über die Selbstverständlichkeit auf, mit der Sozialhilfe kassiert, unser Gesundheitssystem ausgeschöpft und bei der Identität, dem Alter oder beim Familiennachzug gelogen und betrogen wird. Folgen hat das keine.

von Nationalrat Thomas Burgherr (AG)

sind die Asylbewerber einmal da, wollen die meisten von ihnen zuerst ihre Familie nachziehen. Letztes Jahr wurden 4'227 Gesuche auf Familiennachzug aus dem Asylbereich gestellt, so viele wie nie in den letzten zehn Jahren. Über achtzig Prozent von ihnen betrafen Kinder, die von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen nachgeholt wurden. Beim Rest handelte es sich vor allem um angebliche Ehepartner.

Datenschutz und Asyldepartement verdecken Problem

Viele der eingereisten «Familienmitglieder» sind in Wahrheit gar keine nahen Angehörigen von hier lebenden Flüchtlingen. Es wird in diesem Bereich nach Strich und Faden betrogen, schreibt Alex Reichmuth in einem hervorragenden Artikel in der Basler Zeitung. Der Datenschutz verhindere, dass konkrete Fälle publik werden. Aber das Problem muss riesig sein. Denn immer mehr Informationen sickern durch. Es besteht der Verdacht, dass ein Teil der Asylindustrie freiwerdende Kapazitäten wegen den sinkenden Asylzahlen mit einem üppigen Familiennachzug zu kompensieren versucht.

«Kreti und Pleti» kann kommen

Ein Beispiel. Die Basler Zeitung publizierte am 28. März 2018 im Artikel «Das falsche Flüchtlingskind» folgenden Sachverhalt (Zitat):

Der Eritreer D. reiste Ende 2008 in die Schweiz ein und stellte ein Asylgesuch. Papiere hatte er angeblich keine, womit seine Identität nicht überprüft werden konnte. Dennoch hiess der Bund 2010 seinen Antrag gut, womit D. als anerkannter Flüchtling eine Aufenthaltsbewilligung bekam. Schon bei der ersten Befragung durch den Bund hatte D. angegeben, in Eritrea eine Lebenspartnerin zu haben und eine gemeinsame Tochter, damals zwei Jahre alt. 2011 konnten die Lebenspartnerin und das Kind in die Schweiz nachreisen, per Flugzeug.

Die Lebenspartnerin von D. und die angeblich gemeinsame Tochter bekamen in der Schweiz ebenfalls den Flüchtlingsstatus. Zuvor hatte das Paar bei einer Befragung geltend gemacht, in Eritrea ein weiteres gemeinsames Kind zu haben – einen Sohn namens B., der damals 13 Jahre alt war. 2013 reiste der angebliche Sohn auf eigene Faust in die Schweiz. Wie später bekannt wurde, machte er das ebenfalls unter falschem Namen – dies auf Empfehlung seiner angeblichen Mutter, die schon in der Schweiz war. Er wurde «ohne Weiteres» ebenfalls als Flüchtling anerkannt, wie es im Strafbefehl heisst. Die nun vierköpfige Familie wohnte in

der Gemeinde Aarburg und lebte von Sozialhilfe.Später kam aus, dass alles erlogen war. Die Tochter war zwar das leibliche Kind von Vater D., nicht aber das seiner Lebenspartnerin. Und bei B. handelte es sich nicht um den Sohn des Paares, sondern um den Bruder S. des angeblichen Vaters D. Die angebliche Mutter hatte sich bei ihrer Einreise zehn Jahre älter gemacht, weil sonst aufgrund des geringen Altersunterschieds klar gewesen wäre, dass S. nicht ihr Sohn sein kann. Die Staatsanwaltschaft Aargau verurteilte den Eritreer D. im letzten Februar per Strafbefehl wegen Betrug und Täuschung der Behörden.

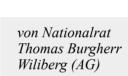
«Laissez-passer»

2015 kamen 77 Prozent, 2016 sogar 82 Prozent aller Asylbewerber ohne Papiere in die Schweiz. Nur bei rund zehn Prozent hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) sichere Kenntnis der Identität. Wenn schon nicht einmal die Identität der hier anwesenden Asvlbewerber klar ist, wie kann es sein, dass man sogar noch deren Familie nachziehen lässt? «Das Staatssekretariat für Migration prüft das geltend gemachte Beziehungs- und Abstammungsverhältnis und greift dazu auch auf DNA-Analysen zurück», schreibt der Bundesrat auf eine Frage von Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP/ZH). «Vor der Visumausstellung überprüft die zuständige schweizerische Vertretung zudem die Identität der Betroffenen. Verfügen die Nachzugsberechtigten nicht über eigene Reisedokumente, erfolgt die Einreise mit einem von der schweizerischen Vertretung ausgestellten Laissez-passer.»

Keine Folgen

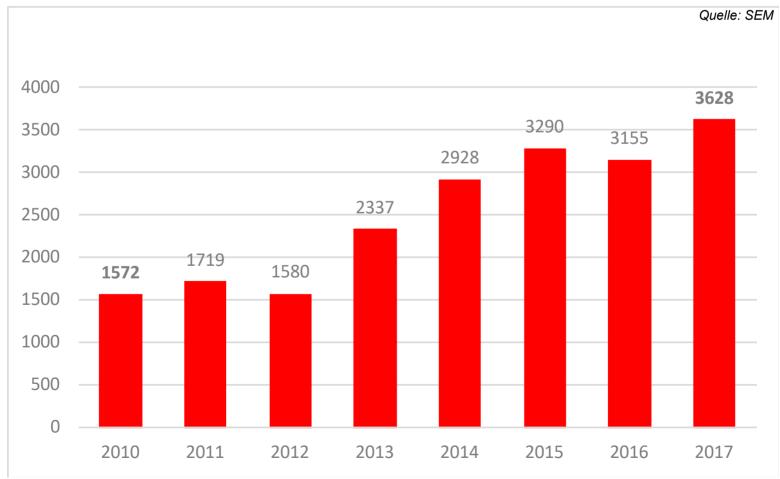
Was passiert mit Asylbewerbern, deren Lügen auffliegen? Meist gar nichts. Gerade Eritreer müssen in der Ära Sommaruga nichts befürchten. Sie bleiben hier. Und notfalls – wenn etwa ihre Kinder zur Schule gehen – können sie sich immer noch auf die «Härtefall-Klausel» berufen. Unser humanes Asylrecht und der Sozialstaat werden schamlos ausgenutzt.

Aktuell fordert die SVP mit einer Parlamentarischen Initiative (17.513), den Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene befristet zu stoppen. Auch hier werden die Linken, die CVP und die FDP reihenweise gegen die SVP stimmen. Obwohl der Handlungsbedarf offensichtlich wäre.





Verdoppelung des Familiennachzugs von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in nur fünf Jahren



Anzumerken bleibt, dass der Familiennachzug im Asylbereich vergleichsweise einen nur sehr bescheidenen Teil des Familiennachzugs sämtlicher Ausländerinnen und Ausländer ausmacht. Von den 2017 als ständige ausländische Wohnbevölkerung eingewanderten total 137'803 Personen, wanderten 42'415 Personen (30.8%) als Familiennachzug ein.





DIE LIMITIERTEN SUZUKI SERGIO CELLANO® SONDERMODELLE



NEW SUZUKI VITARA SERGIO CELLANO° TOP 4 x 4

ODER AB Fr. 227.-/MONAT Modellreihe bereits für Fr. 20990.-

NEW SUZUKI SX4 S-CROSS SERGIO CELLANO® TOP 4 x 4

ODER AB Fr. 234.-/MONAT Modellreihe bereits für Fr. 19990.-

NEW SUZUKI SWIFT SERGIO CELLANO° TOP HYBRID

ODER AB Fr. 143.-/MONAT Modellreihe bereits für Fr. 15 990.-

NEW SUZUKI IGNIS SERGIO CELLANO° TOP 4 x 4

ODER AB Fr. 136.-/MONAT Modellreihe bereits für Fr. 14990.-

△ MultiLeaseAG



Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch



radikal

<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung), konsequent; gründlich

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug...

Wir freuen uns auf Sie! Alexander Segert, Geschäftsführer Tel 043 499 24 00 info@goal.ch, www.goal.ch

Ja zur Schweiz





www.dietschi-pd.ch

Schweizerzeit

SCHNUPPER-ABO

10 Ausgaben für nur Fr. 10.-

Name/Vorname	
Strasse/Nr.	
PLZ/Wohnort	
Geburtsjahr	E-Mail

Ausschneiden und senden an:

«Schweizerzeit Verlags AG, Postfach 54, 8416 Flaach»